

## **Fragen**

**für die Fragestunde der 200. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 14. November 2001**

### **Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU) .....	13	Niebel, Dirk (FDP) .....	5, 6
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU) .....	11, 12	Nolting, Günther Friedrich (FDP) .....	19, 20
Hinsken, Ernst (CDU/CSU) .....	18, 23	Ostrowski, Christine (PDS) .....	14, 15
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU) .....	1, 2	Dr.-Ing. Schmidt, Joachim (Halsbrücke) .....	9, 10 (CDU/CSU)
Lenke, Ina (FDP) .....	7, 8	Dr. Seifert, Ilja (PDS) .....	3, 4
Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) .....	16, 17 (CDU/CSU)	Siemann, Werner (CDU/CSU) .....	21, 22

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes .....	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	7

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

1. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU) Welche längerfristigen Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Unterstützung aus dem Bundeshaushalt für die deutschen Minderheiten in den Staaten, die mittelfristig Aufnahme in die Europäische Union finden werden, und wie begründet die Bundesregierung ihre Vorstellungen?
  
2. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU) Treffen Zeitungsmeldungen (vgl. Siebenbürgische Zeitung vom 31. Oktober 2001) zu, wonach abgelehnte Spätaussiedlerbewerber, deren volkstumsmäßige Vereinsamung aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. März 1998 nicht mehr als Benachteiligung im Sinne des § 4 Abs. 2 anerkannt wird, nach einer vierjährigen Inlandsaufenthaltsdauer einzubürgern sind, und gibt es Überlegungen der Bundesregierung, ebenso gegenüber anderen Altfallgruppen bei abgelehnten Spätaussiedlerbewerbern zu verfahren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

3. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(PDS) Mit welchen Ergebnissen wurde am 7. November 2001 vom Bundesministerium der Justiz eine Erörterung mit Verbänden über Eckpunkte zum Entwurf für ein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz durchgeführt?
  
4. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(PDS) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der o. g. Erörterung für die weitere Erarbeitung eines Antidiskriminierungsgesetzes, und für wann beabsichtigt sie die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

5. Abgeordneter  
**Dirk Niebel**  
(FDP)      Treffen Pressemeldungen zu, dass der EU-Kommissar Frederik Bolkestein prüft, ob das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) EU-Mittel ohne rechtmäßige Ausschreibung vergeben hat (AFP, 6. November 2001)?
6. Abgeordneter  
**Dirk Niebel**  
(FDP)      Treffen Pressemeldungen zu, dass das BMA ohne Ausschreibung Verträge mit der Firma Efp in Bonn im Gesamtwert von mehr als 50 Mio. DM abgeschlossen hat (AFP, 6. November 2001)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

7. Abgeordnete  
**Ina Lenke**  
(FDP)      Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass das Bundesamt für den Zivildienst laut Sonderinformation 7/2001 vom 17. Juli 2001 plant, Zivildienstleistenden, die am 28. Februar 2002 ihren elfmonatigen Zivildienst beenden, schon im Vorgriff auf das voraussichtlich am 1. Januar 2002 in Kraft tretende Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr zum 15. Dezember 2001 lediglich ein gekürztes Weihnachtsgeld in der Höhe von 337,50 DM auszuzahlen, obwohl die Zivildienstleistenden freiwillig einen elften Monat Dienst leisten und die Auszahlung auf einen Zeitpunkt vor Inkrafttreten des Gesetzes fällt?
8. Abgeordnete  
**Ina Lenke**  
(FDP)      Wie bewertet die Bundesregierung die Ungleichbehandlung zwischen Wehr- und Zivildienstleistenden, die durch die unterschiedlichen Regelungen zum Entlassungsgeld gegeben sind, weil Zivildienstleistende, die freiwillig elf statt zehn Monate Dienst leisten, Entlassungsgeld in der gleichen Höhe (1 350 DM) wie die zehn Monate dienenden Zivildienstleistenden erhalten, während Wehrpflichtige, die freiwillig einen zusätzlichen zehnten Monat dienen, zusätzlich einen Wehrdienstzuschlag von 1 200 DM und ein erhöhtes Entlassungsgeld von 1 500 DM erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

9. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt**  
**(Halsbrücke)**  
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die im Programm InnoRegio 2001 nicht abgeflossenen Finanzmittel auf das Jahr 2002 zu übertragen?
10. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt**  
**(Halsbrücke)**  
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen des Programmes InnoRegio, das Antragsprozedere und die Bonitätsprüfung für kleine und mittelständische Betriebe zu vereinfachen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes**

11. Abgeordnete  
**Sylvia Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung misst der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, einer eigenen Mehrheit der Regierungskoalition bei zentralen politischen Entscheidungen bei, und ist für ihn die Entscheidung über den Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen der gemeinsamen Reaktion auf die Terroranschläge gegen die USA eine solche zentrale politische Frage, die zwingend einer eigenen Mehrheit der Mitglieder der Regierungskoalition bedarf?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

12. Abgeordnete  
**Sylvia Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Wann ist das Ziel des geplanten Einsatzes deutscher Streitkräfte im Rahmen der gemeinsamen Reaktion auf die Terroranschläge gegen die USA erreicht, und wer trifft diese Feststellung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

13. Abgeordneter  
**Dietrich  
Austermann**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass unverändert ein Vertragsverhältnis zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Staatssekretär a. D. Klaus-Peter Schmidt-Deguelle bzw. einer von ihm geleiteten Beratungsfirma besteht?
14. Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- Wie hoch sind die Zinsen, die der Bundeshaushalt für den übernommenen Altschuldenanteil der ostdeutschen Wohnungswirtschaft an Privatbanken in den Jahren von 1995 bis 2000 leistete?
15. Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- Welcher Zinssatz wird für diese Altverbindlichkeiten im Durchschnitt erhoben, und wie hat er sich in dieser Zeit entwickelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

16. Abgeordneter  
**Dr. Martin  
Mayer**  
(Siegertsbrunn)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass der deutlich angestiegene Versand von Werbefaxen bei vielen Empfängern zu erheblichen Belästigungen führt?
17. Abgeordneter  
**Dr. Martin  
Mayer**  
(Siegertsbrunn)  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zur Abwehr dieser Belästigungen bei gewerblichen Faxen generell eine europaweite Identifikation des Absenders ähnlich der Impressumspflicht bei Flugblättern durchzusetzen?
18. Abgeordneter  
**Ernst  
Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach die EU-Kommission eine neue Definition der Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), d. h. eine Erhöhung der Fördergrenze beim Jahresumsatz von 40 auf 50 Mio. Euro plant, so dass es zu einer erheblichen Ausweitung des Kreises der Begünstigten käme, und ist die Bundesregierung mit einer solchen Vorgehensweise einverstanden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

19. Abgeordneter  
**Günther Friedrich  
Nolting**  
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung die umfassende soziale Absicherung der Soldaten des E-3 A-Einsatzverbandes, die sich gegenwärtig bereits zu einer besonderen Verwendung im Einsatz befinden, sowie von deren Familienangehörigen sicherstellen, und übernimmt die Bundesregierung die Versicherungsleistungen für den Fall, dass die entsprechenden privaten Versicherungsunternehmen auf die jeweils gültigen Kriegsklauseln rekurren?
20. Abgeordneter  
**Günther Friedrich  
Nolting**  
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass es angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lageentwicklung dringend einer Erweiterung des Dialogs mit der wehrtechnischen Industrie, insbesondere der klaren Definition wehrtechnischer Kernkapazitäten bedarf, und wie wird die Bundesregierung diesem Leitgedanken künftig Rechnung tragen?
21. Abgeordneter  
**Werner  
Siemann**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Soldaten der Bundeswehr werden bereits jetzt für die Bewachung US-amerikanischer Liegenschaften in Deutschland eingesetzt?
22. Abgeordneter  
**Werner  
Siemann**  
(CDU/CSU)
- Mit welchen Ausrüstungsgegenständen sind die zur Bewachung US-amerikanischer Liegenschaften eingesetzten Soldaten der Bundeswehr ausgerüstet?
23. Abgeordneter  
**Ernst  
Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien hat die Bundesregierung bei der Entscheidung über den Verbleib bzw. Reduzierung von Standortverwaltungen der Bundeswehr angewandt, und ist hier insbesondere, wie z. B. in Regen, die Grenznähe, das schwache strukturelle Umfeld und die Bedeutung dieser Behörde für dringend benötigte Verwaltungsarbeitsplätze im öffentlichen Bereich genügend gewürdigt worden?

